

Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst

Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst“ (BT-Drs. 19/745) von Susanne Ferschl u.a. und der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Zusammenfassung:

Das Arbeitspensum der Beschäftigten im öffentlichen Dienst steigt erheblich und der Krankenstand ist überdurchschnittlich hoch. Die Befristungen nehmen weiter zu und die Regierung hat keine umfassenden Erkenntnisse zu Überstunden, atypischen Arbeitszeiten und den Folgen der Verrentung im öffentlichen Dienst.

Arbeitsdruck: Die Hälfte der Befragten (49,9%) gab an, dass Stress und Arbeitsdruck zugenommen hätten. Besonders betroffen sind Beschäftigte in medizinischen Gesundheitsberufen.

In der unmittelbaren Bundesverwaltung stieg die altersbereinigte Abwesenheitsquote in den Jahren 2007 und 2016 von 5,45% auf 7,59%. Die Abwesenheitsquote in der öffentlichen Verwaltung stieg im selben Zeitraum von 5,20% auf 6,30%. Die Abwesenheitsquote in diesen beiden Teilbereichen des öffentlichen Dienstes liegt deutlich höher als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (laut AOK-Report im Jahr 2016 5,30%).

Der Anteil der befristeten Beschäftigten an den Neueinstellungen im öffentlichen Dienst betrug im Jahr 2016 58% (90.000 befristete Neueinstellungen). Bei den Neueinstellungen wuchs die Zahl der Befristungen seit 2007 um 17%. In den neuen Bundesländern waren über zwei Drittel (69%) der Neueinstellungen im öffentlichen Dienst im Jahr 2016 befristet.

Die Zahl der befristet Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist zwischen 2007 und 2016 von 344.000 auf 355.000 gestiegen. Der Anteil der Befristungen im öffentlichen Dienst (8,6%) liegt, bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten, weiterhin deutlich über deren Anteil in der Privatwirtschaft (6,5%).

Die Bundesregierung hat nach eigenen Angaben keine Erkenntnisse - zur Zahl der bezahlten und unbezahlten Überstunden und atypischen Arbeitszeiten (überlange Arbeitszeiten, Nacht- und Abendarbeit, Wochenendarbeit, Schichtarbeit) im öffentlichen Dienst - über die Gesamtzahl der Arbeitsunfähigkeits-Tage im öffentlichen Dienst und deren Entwicklung

Die Bundesregierung hat keine Einschätzung zu den langfristigen Folgen der Verrentung für die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst.

O-Ton Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

„Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verdienen für ihre Arbeit deutlich mehr Wertschätzung als sie derzeit bekommen! Personalmangel macht krank. Hier muss sich etwas ändern.

Die Befristung von Arbeitsverträgen hebeln die Rechte von Arbeitnehmern aus. Eine Lebensplanung, gerade bei jungen Leuten ist dadurch nicht möglich. Wir wollen gute Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, mit guten Arbeitsbedingungen und gerechten Löhnen. So wird auch die Motivation der Beschäftigten gefördert, damit sie gute, effiziente und hilfreiche Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen können.“

Ergebnisse im Einzelnen:

- Die **Zahl der befristet Beschäftigten im öffentlichen Dienst** ist zwischen 2007 und 2016 von 344.000 auf 355.000 gestiegen (+3,2%), der Anteil der Befristungen im öffentlichen Dienst (8,6%) liegt weiterhin deutlich über dem Anteil in der Privatwirtschaft (6,5%) [siehe Antwort auf Frage 4 und Frage 6]
- Besonders hoch war der **Anteil der befristeten Beschäftigung** im öffentlichen Dienst bei männlichen Beschäftigten in den neuen Bundesländern, wo er bei 15,5% lag und damit um fast ein Drittel höher als 2007 (11,7%) [siehe Tabelle „Anteil befristeter Beschäftigung an der betrieblichen Gesamtbeschäftigung etc.“, zur Antwort auf Frage 4]
- Einen signifikanten Anstieg der Zahl der **befristeten Beschäftigung im öffentlichen Dienst** gab es auch bei weiblichen Beschäftigten in Westdeutschland: Hier wuchs die Zahl der Befristungen zwischen 2007 und 2016 von 146.000 auf 167.000 (+14%) [siehe Tabelle „Anteil befristeter Beschäftigung an der betrieblichen Gesamtbeschäftigung etc.“, zur Antwort auf Frage 4]
- Der **Anteil der befristeten Beschäftigten an den Neueinstellungen** betrug im Jahr 2016 im gesamten öffentlichen Dienst 58% (in absoluten Zahlen: 90.000 befristete Neueinstellungen, Zunahme der Zahl der befristeten Beschäftigten seit 2007 um 17%) [siehe Tabelle „Anzahl befristeter Beschäftigung etc.“, Antwort auf Frage 5]
- In den neuen Bundesländern waren über zwei Drittel der Neueinstellungen im öffentlichen Dienst (69%) im Jahr 2016 befristet [siehe Tabelle „Anteil befristeter Einstellungen etc.“, Antwort auf Frage 5]
- Der **Anteil der sachgrundlosen Befristungen** an der betrieblichen Gesamtbeschäftigung betrug im öffentlichen Dienst im Jahr 2013 2,0 % (Jahr 2012: 2,4%). Der Vergleichswert für die Privatwirtschaft betrug 2013 3,7% (2012) bzw. 3,5% (2012) [Tabelle „Anteil befristeter Beschäftigter“ in Antwort auf Frage 4]
- Der Anteil der **Befristungen mit Sachgrund** an der betrieblichen Gesamtbeschäftigung betrug im öffentlichen Dienst im Jahr 2013 3,7% (Jahr 2012: 5,8%). Der Vergleichswert für die Privatwirtschaft betrug 2013 1,7% (2012) bzw. 1,6% (2012) [Tabelle „Anteil befristeter Beschäftigter“ in Antwort auf Frage 4]
- Der **Anteil befristet Beschäftigter im öffentlichen Dienst, die im selben Betrieb übernommen wurden** (ohne Auszubildende) betrug im Jahr 2016 im gesamten Bundesgebiet 30% (in den alten Bundesländern 36%, in den neuen dagegen nur 16%) [siehe Tabelle „Anteil der innerbetrieblichen Übernahmen etc.“, Antwort auf Frage 5]
- Der **Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die „Arbeit auf Abruf“ leisten** lag nach Angaben der Bundesregierung bei 6%¹ [Antwort auf Frage 9]
- Zur **Entwicklung der Arbeitsunfähigkeitstage im öffentlichen Dienst** erklärt die Bundesregierung, dass sie über keine ausreichend differenzierte Datenbasis für eine umfassende Antwort über die verschiedenen Teilbereiche des öffentlichen Dienstes verfüge. Dies gelte sowohl für die Gesamtzahl der AU-Tage als auch für einzelne Berufsgruppen und Tätigkeitsbereiche sowie für die Diagnosegruppen, die den AU-Tagen zugrunde lägen. Nur für die Teilbereiche „unmittelbare Bundesverwaltung“ und „Öffentliche Verwaltung“ macht die Bundesregierung Angaben. [Antwort auf Fragen 18 bis 21]
- Im Teilbereich „**unmittelbare Bundesverwaltung**“ stieg die altersbereinigte – d.h. auf den demographischen Durchschnitt bereinigte - **Abwesenheitsquote** zwischen den Jahren 2007 und

¹ Quelle der Bundesregierung: Arbeitszeitreport 2016 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Eine andere Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus demselben Jahr (Auswertungen aus dem IAB-Projekt „Situation atypisch Beschäftigter und Arbeitszeitwünsche von Teilzeitbeschäftigten“ zum Thema „Arbeit auf Abruf“) gibt diesen Anteil mit 7,2% an. Diese höhere Zahl erwähnt die Bundesregierung in ihrer Antwort nicht.

2016 von 5,45% auf 7,59%. Die reale Abwesenheitsquote liegt aufgrund des überdurchschnittlichen Alters der Beschäftigten in diesem Bereich noch höher.² [Tabelle zu Antwort auf Frage 19]

- Die **Abwesenheitsquote im Teilbereich „öffentliche Verwaltung“** stieg im selben Zeitraum von 5,20% auf 6,30%. [Tabelle zu Antwort auf Frage 19]
- Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt lag die Abwesenheitsquote im Jahr 2016 bei 5,30%. [Tabelle zu Antwort auf Frage 19]
- Die Bundesregierung verfügt nach eigenen Angaben über keine konkrete Prognose, um die voraussichtliche Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst abzuschätzen, die bis 2030 in die Regelaltersrente eintreten werden. [Antwort auf Frage 16]
- **Psychische Belastung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst:** Nach den Angaben der Bundesregierung gab die Hälfte der Befragten (49,9%) im öffentlichen Dienst an, dass Stress und Arbeitsdruck zugenommen hätten. [Tabelle zu Antwort auf Frage 22]
- Jeweils fast 50% der Befragten gaben an, dass sie häufig Termin- oder Leistungsdruck ausgesetzt seien (48,6%) bzw. „sehr schnell“ arbeiten müssten (45,3%). [Tabelle zur Antwort auf Frage 22]
- Insgesamt 13,7% der Befragten im öffentlichen Dienst gaben an, dass sie durch das Arbeitspensum „eher überfordert“ seien. [Tabelle zur Antwort auf Frage 22]
- Folgende **Berufsgruppen** im öffentlichen Dienst sind nach Angaben der Bundesregierung **besonders stark von psychischen Belastungen durch ihre Arbeit betroffen** (mit Angabe der häufigsten Gründe):
 - Das Problem **von wachsendem Stress und Arbeitsdruck** war besonders gravierend bei den medizinischen Gesundheitsberufen (58,9%) und lag auch bei Beschäftigten in Erziehungsberufen, in Recht und Verwaltung, in Lehrenden Tätigkeiten und im Bereich Schutz, Sicherheit und Überwachung jeweils über 50% [Tabelle zur Antwort auf Frage 22]
 - Das Problem **der Überforderung der Beschäftigten durch Arbeitsmenge bzw. Arbeitspensum** war besonders ausgeprägt in der Gruppe der medizinischen Gesundheitsberufe (20,6%) [Tabelle zur Antwort auf Frage 22]
- Die Anzahl der **Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die ergänzende Aufstockungsleistungen nach SGB II beziehen**, betrug im Juni 2017 9.241 Personen (0,5% der Beschäftigten im öffentlichen Dienst). Sie ist seit dem Juni 2008 um 0,3% gefallen (Anzahl der SGB II-Aufstocker im öffentlichen Dienst im Juni 2008: 13.380 Personen). Der Anteil der SGB II- Aufstocker in der Privatwirtschaft betrug im Jahr 2017 1,9% (2008: 2,3%) [Tabellen zur Antwort auf Frage 3]
- Die Zahl der **meldepflichtigen Arbeitsunfälle** im öffentlichen Dienst ist zwischen 2007 und 2016 in absoluten Zahlen von rund 100.000 auf rund 75.000 gefallen (-25%). Die meldepflichtigen Arbeitsunfälle je Vollarbeiter sind im selben Zeitraum von 20,9 auf 14,6 zurückgegangen (-30%) [Tabelle zur Antwort auf Frage 23]
- In der unmittelbaren Bundesverwaltung ist die Zahl der Arbeitsunfälle von Tarifbeschäftigten zwischen 2007 und 2016 von 2.865 auf 1.657 gesunken (-42%) [Tabelle zur Antwort auf Frage 23]
- Die Zahl der Arbeitswegeunfälle von Tarifbeschäftigten ist im selben Zeitraum von 1.044 auf 876 gesunken (-16%) [Tabelle zur Antwort auf Frage 23]
- Unter den Beamtinnen und Beamten der unmittelbaren Bundesverwaltung entwickelten sich die Unfallzahlen wie folgt:

² Die reale Abwesenheitsquote im genannten Bereich liegt aufgrund des überdurchschnittlichen Alters der Beschäftigten in diesem Bereich noch höher. Bei der Altersbereinigung wird die tatsächliche Abwesenheitsquote im Betrieb mit einem Faktor normalisiert, der von der Altersstruktur der Belegschaft abhängt, um eine Vergleichbarkeit von Betrieben mit unterschiedlicher Altersstruktur zu ermöglichen. Deshalb ist die „altersbereinigte“ Abwesenheitsquote in diesem Fall niedriger als die tatsächliche.

- Die Zahl der Dienstunfälle ging von 3.008 auf 2.679 zurück (-11%)
- Die Zahl der Dienstwegeunfälle nahm von 837 auf 1.007 zu (+20%) [Tabelle zur Antwort auf Frage 23]
- Die **tarifliche bzw. betriebsübliche Arbeitszeit und die tatsächlich geleistete Jahresarbeitszeit**³ entwickelte sich zwischen 2007 und 2017 wie folgt:
 - Die tarifliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten nahm von 1.975,9 h auf 1.987,5 h zu, die tatsächliche Arbeitszeit in Vollzeit nahm von 1.722,4 h auf 1.687,4 h ab.
 - Die tarifliche Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten nahm von 894,1 h auf 946,2 h zu, die tatsächliche Arbeitszeit in Teilzeit stieg von 775,6 h auf 812,9 h an. [Tabelle zur Antwort auf Frage 8]

Ausgewählte Daten aus der Verdienststatistik:⁴

[Quelle für alle Daten zur Verdienststatistik sind die Tabellen in der Antwort zu Frage 12. Prozentuale Steigerungsraten sind eigene Berechnungen auf Grundlage dieser amtlichen Daten]

- Entwicklung des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes bei Vollzeitbeschäftigten (ohne Differenzierung nach Geschlecht und Leistungsgruppe):⁵
 - Beamte (2009-2016): je nach Bereich +13% bis +21% Steigerung
 - Tarifbeschäftigte in öffentlicher Verwaltung Ost (2007-2016): Anstieg von 16,16 € auf 21,53 € (+33%)
 - Tarifbeschäftigte in Erziehung und Unterricht Ost (2007-2016): Anstieg von 20,90 € auf 25,52 € (+28%)
 - Privatwirtschaft (Ost) (2007-2016): Anstieg von 13,71 € auf 17,17 € (+25%)
 - Tarifbeschäftigte in öffentlicher Verwaltung West (2007-2016): Anstieg von 17,67 € auf 22,07 € (+25%)
 - Tarifbeschäftigte in Erziehung und Unterricht West (2007 bis 2016): Anstieg von 21,79 € auf 25,57 € (+17%)
 - Privatwirtschaft (West) (2007-2016): Anstieg von 21,16 € auf 25,42 € (+20%)
- Entwicklung des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes bei Teilzeitbeschäftigten (ohne Differenzierung nach Geschlecht und Leistungsgruppe):
 - Beamte (2009-2016): je nach Bereich +17% bis +18% Steigerung
 - Tarifbeschäftigte in öffentlicher Verwaltung Ost (2007-2016): Anstieg von 15,62 € auf 21,30 € (+36%)
 - Tarifbeschäftigte in Erziehung und Unterricht Ost (2007-2016): Anstieg von 18,51 € auf 21,76 € (+18%)
 - Privatwirtschaft (Ost) (2007-2016): Anstieg von 10,81 € auf 13,35€ (+23%)

³ Die „tatsächlich geleistete Arbeitszeit“ errechnet sich aus der tariflichen bzw. betriebsüblichen Arbeitszeit unter Berücksichtigung von Urlaub, Krankenstand und Überstunden, ohne Berücksichtigung von Nebenjobs.

⁴ In den Verdienstabellen ist nicht der gesamte öffentliche Dienst abgebildet, nur Beamte sowie Tarifbeschäftigte in den Bereichen öffentlichen Verwaltung und Erziehung und Unterricht. Es fehlt z.B. das öffentliche Gesundheitswesen.

⁵ Berechnung auf Grundlage der Einzelwerte in Tabelle zu Frage 12.

- Tarifbeschäftigte in öffentlicher Verwaltung West (2007-2016): Anstieg von 17,09 € auf 21,68 € (+27%)
- Tarifbeschäftigte in Erziehung und Unterricht West (2007 bis 2016): Anstieg von 19,41 € auf 23,19 € (+19%)
- Privatwirtschaft (West) (2007-2016): Anstieg von 14,93 € auf 18,15 € (+22%)
- Entwicklung des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes bei weiblichen Vollzeitbeschäftigten:
 - Tarifbeschäftigte in öffentlicher Verwaltung Ost (2007-2016): Anstieg von 16,00 € auf 21,42 € (+34%)
 - Tarifbeschäftigte in Erziehung und Unterricht Ost (2007-2016): Anstieg von 20,20 € auf 24,88 € (+23%)
 - Privatwirtschaft (Ost) (2007-2016): Anstieg von 12,64 € auf 15,67 € (+24%)
 - Tarifbeschäftigte in öffentlicher Verwaltung West (2007-2016): Anstieg von 16,56 € auf 21,07 € (+27%)
 - Tarifbeschäftigte in Erziehung und Unterricht West (2007 bis 2016): Anstieg von 20,00 € auf 23,99 € (+20%)
 - Privatwirtschaft (West) (2007-2016): Anstieg von 17,43 € auf 21,49 € (+24%)
- Entwicklung des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes bei weiblichen Teilzeitbeschäftigten
 - Tarifbeschäftigte in öffentlicher Verwaltung Ost (2007-2016): Anstieg von 15,79 € auf 21,40 € (+36%)
 - Tarifbeschäftigte in Erziehung und Unterricht Ost (2007-2016): Anstieg von 18,38 € auf 21,66 € (+18%)
 - Privatwirtschaft (Ost) (2007-2016): Anstieg von 10,68 € auf 13,28 € (+24%)
 - Tarifbeschäftigte in öffentlicher Verwaltung West (2007-2016): Anstieg von 16,92 € auf 21,43 € (+27%)
 - Tarifbeschäftigte in Erziehung und Unterricht West (2007 bis 2016): Anstieg von 19,21 € auf 22,96 € (+20%)
 - Privatwirtschaft (West) (2007-2016): Anstieg von 14,92 € auf 18,03 € (+21%)
- Entwicklung des durchschnittlichen monatlichen Verdienstes von geringfügig Beschäftigten (ohne Differenzierung nach Geschlecht):
 - Öffentlicher Dienst (Ost): Anstieg von 170 € auf 225 € (+32%)
 - Öffentlicher Dienst (West): Anstieg von 229 € auf 287 € (+25%)
 - Privatwirtschaft (Ost): Anstieg von 187 € auf 290 € (+55%)
 - Privatwirtschaft (West): 275 € auf 325 € (+18%)

Personalentwicklung im öffentlichen Dienst

(Antworten auf Frage 1, Referenzzahlen für die Entwicklung jeweils 2000 und 2016):

- Die **Gesamtzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst** (Arbeitnehmer, Beamte, Soldaten, Richter in Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen) ist **im früheren Bundesgebiet** um 1,4% gewachsen (in absoluten Zahlen: von 3,93 Mill auf 4,00 Mill)[Berechnungen nach Angaben in der Tabelle „Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im früheren Bundesgebiet]
- Im **früheren Bundesgebiet** ist die **Personalentwicklung** bei den verschiedenen Arbeitgebern im öffentlichen Dienst uneinheitlich. Beim **Arbeitgeber Bund** ist das Personal in Westdeutschland um 17% zurückgegangen (von 513.200 auf 424.200), bei den **westdeutschen Ländern** um 6% gewachsen (von 1,91 Mill auf 2,03 Mill), in den **westdeutschen Kommunen** geringfügig gesunken (-0,2%, von 1,24 Mill auf 1,23 Mill). [Berechnungen nach Angaben in der Tabelle „Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im früheren Bundesgebiet]

- Die **Personalentwicklung in den neuen Ländern** ist auf allen Ebenen stark rückläufig: Hier nahm die Zahl der Beschäftigten insgesamt um 21,7% ab (von 885.400 auf 693.200), besonders stark in den Kommunen (-31,3%, von 334.900 auf 230.200). [Berechnungen nach Angaben in der Tabelle „Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den neuen Ländern“]
- Die **Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist im alten Bundesgebiet** (bei insgesamt steigendem Personalstand) um 8,6% gesunken (von 2,95 Mill auf 2,70 Mill), während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 31,6% zugenommen hat (von 0,98 Mill auf 1,30 Mill). (besonders deutliche Zunahme in der Gruppe der Beamten hier insgesamt +39,3% - von 272.200 auf 378.600- , in den Kommunen sogar +116% - von 19.200 auf 41.000). [Berechnungen nach Angaben in den Tabellen „Vollzeitbeschäftigte des öffentlichen Dienstes im früheren Bundesgebiet“ und „Teilzeitbeschäftigte des öffentlichen Dienstes im früheren Bundesgebiet“]
- **In den neuen Ländern** nahm die **Zahl der Vollzeitbeschäftigten** aller Kategorien um 27,5% ab (von 669.800 auf 485.600), die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sank um 3,7% (von 215.600 auf 207.600). [Berechnungen nach Angaben in den Tabellen „Vollzeitbeschäftigte des öffentlichen Dienstes in den neuen Ländern“ und „Teilzeitbeschäftigte des öffentlichen Dienstes in den neuen Ländern“]
- Die Gesamtmenge der geleisteten Arbeit im öD ist trotz steigender Beschäftigtenzahlen (bedingt durch die Zunahme der Teilzeitarbeit) rückläufig: Sie sank um 6,9% (von 4,439 auf 4,133 Millionen Vollzeitäquivalente). Besonders drastisch ist dieser Rückgang in den neuen Bundesländern: hier ging die geleistete Arbeit von 829 Tausend auf 639 Tausend Vollzeitäquivalente zurück (-22,1%).
- Im Jahr 2000 gab es unter den Beschäftigten im öD eine geringfügige Mehrheit an Frauen gegenüber Männern im öD (2,415 Mill : 2,494 Mill). Seit dem ist die **Zahl der Frauen im öD** gestiegen und die Zahl der Männer recht deutlich gesunken (heutiges Verhältnis: 2,646 Mill : 2,043 Mill) [Tabellen „Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, Männer“ bzw. „Frauen“]
- **Frauen sind unter den Teilzeitbeschäftigten im öD deutlich überrepräsentiert:** das Verhältnis zur Zahl der Männer beträgt hier fast 6:1 (genau: 1,269 Mill zu 234 Tsd.) [Tabellen „Teilzeitbeschäftigte des öffentlichen Dienstes, Männer“ bzw. „Frauen“]
- Unter den **Vollzeitbeschäftigten des öD ist bis heute eine relativ deutliche Mehrheit männlich** (1,809 Mill zu 1,377 Mill Frauen, etwa 3:2) [Tabellen „Vollzeitbeschäftigte des öffentlichen Dienstes, Männer“ bzw. „Frauen“]

Zu folgenden Fragen erklärte die Bundesregierung, dass sie mangels eigener Erkenntnisse oder ausreichender Datengrundlage keine Angaben machen könne:

- Anzahl der bezahlten und unbezahlten Überstunden im öffentlichen Dienst [Antwort auf Frage 10] und deren Entsprechung in Vollzeitäquivalenten [Frage 11]
- Rentenzugangsalter von verschiedenen Gruppen von Beschäftigten im öffentlichen Dienstes [Antwort auf Frage 13]
- Zahl der Beschäftigten, die in atypischen Arbeitszeiten arbeiten (überlange Arbeitszeiten, Nacht- und Abendarbeit, Wochenendarbeit, Schichtarbeit) [Antwort auf Frage 7]
- durchschnittliche Länge des Verbleibs von Beschäftigten im öffentlichen Dienst [Antwort auf Frage 14]
- Anteil der Beschäftigten, die bis zum regulären Renteneintritt im öffentlichen Dienst arbeiten [Antwort auf Frage 15]
- Zahl der Beschäftigten, die jährlich in Erwerbsminderungs- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrente eintreten [Antwort auf Frage 17]
- Gesamtzahl der Arbeitsunfähigkeits-Tage im öffentlichen Dienst. [Frage 18]